

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

2/2013

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

CDU fordert ein stärkeres industriepolitisches Engagement der Landesregierung für Ludwigsfelde

Zu den Medienberichten über den Abbau von 300 Arbeitsplätzen im Daimler Werk in Ludwigsfelde erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

"Das ist ein schwarzer Tag für Ludwigsfelde. Angesichts des Abbaus jeder 10. Stelle im Ludwigsfelder Daimler-Werk darf die Brandenburger Landesregierung nicht weiter tatenlos zusehen. Seit 1991 sind Steuergelder in Höhe von 134 Mio. Euro für das Daimlerwerk in Ludwigsfelde nach Stuttgart geflossen. Im Februar diesen Jahres musste Brandenburgs Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) auf meine parlamentarische Anfrage einräumen, nichts von einem Abbau von Arbeitsplätzen bei Daimler in Ludwigsfelde zu wissen, 4 Monate später steht fest, dass 300 Arbeitsplätze in Ludwigsfelde wegfallen. Die Verunsicherung bei den Beschäftigten und den Bürgern in Ludwigsfelde ist groß. Wie geht es weiter bei Daimler in Ludwigsfelde, welche Modelle sollen zukünftig in Ludwigsfelde gebaut werden, droht ein weiterer Abbau von Arbeitsplätzen in Ludwigsfelde? Diese Fragen muss die Daimler-Konzernleitung endlich beantworten, nötig ist eine Standortgarantie. Die rot-rote Landesregierung ist aufgefordert, die Arbeitsplatzprobleme bei Daimler in Ludwigsfelde endlich ernst zu nehmen, es geht hier um einen der wichtigsten industriepolitischen Standorte Brandenburgs. Notwendig ist ein stärkeres industriepolitisches Engagement der Landesregierung für Ludwigsfelde.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, Dierk Homeyer, kündigte ab, das Thema auf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Landtages anzusprechen, Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) müsse dann zum Arbeitsplatzabbau im Daimlerwerk in Ludwigsfelde Rede und Antwort stehen.

Quelle: Pressemitteilung 19. Juni 2013



Feier zum Jubiläum
800 Jahre Trebbin am
15.06.2013

Wir brauchen einen Neuanfang in Teltow-Fläming - CDU: Kommunen dürfen nicht die Zeche für die Schuldenpolitik im Landkreis zahlen

Die CDU setzt sich für einen Neuanfang in Teltow-Fläming ein. "Der politische Stillstand, die Resignation in der Kreisverwaltung und die Schuldenpolitik im Landkreis müssen ein Ende haben," das waren die zentralen Aussagen von CDU-Fraktionschef Danny Eichelbaum. "Wir brauchen endlich im Landkreis einen Verwaltungschef, der den Landkreis mit der nötigen Zuversicht, mit Engagement und kommunalpolitischer Erfahrung in eine gute Zukunft führt. Mehr Gemeinsinn, mehr Zusammenhalt und eine bessere Zusammenarbeit mit den Kommunen, das müssen die Handlungsmaxime in Teltow-Fläming sein." Eichelbaum, der auch Landtagsabgeordnete ist, machte diese Forderung angesichts einer Veranstaltung der CDU Großbeeren, die in der Alten Molkerei stattfand, auf.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Was „geht ab“ in unserer Region? Landratswahl? – gescheitert und wie weiter? Lärm? –Schallschutz - eine unendliche Geschichte? Lehrreich? – Hort & Schule - zwei Mammutprojekte?"

Allein das Motto zeigte bereits, dass man sich mit der derzeitigen Lage gerade des Landkreises beschäftigte. Der Vorsitzende der CDU Großbeeren, Dirk Steinhausen, begrüßte zahlreiche Gäste und Interessierte der Region mit den Worten: „Wir haben viele Probleme und es sind Lösungen gefragt. Gerade die Parteien, der ehemaligen Kreistagskoalition (SPD, Die Linke, FDP, Bauernverband und Grüne) stehen mit einer Schockstarre vor dem Trümmerhaufen ihrer Ergebnisse der letzten Jahre. Alle wesentlichen Daten des Landkreises haben sich in den letzten 4 Jahren verschlechtert."

Bei den diskutierten Lösungen zur Haushaltskonsolidierung waren aber auch versöhnliche Worte zu hören. Eichelbaum sprach sich für eine Stärkung der kommunalen Familie aus, „die Gemeinden und Städte leisten jetzt bereits einen großen Solidaritätsbeitrag, eine weitere Erhöhung der Kreisumlage können sich die Gemeinden schlicht nicht leisten, die Haushaltsprobleme des Landkreises würden so nur auf die Haushalte der Gemeinde und Städte verschoben werden." Dirk Steinhausen, der für die CDU im Haushaltsausschuss sitzt, ergänzt: „Wir wollen Sparen mit Augenmaß, wir wollen Gestaltungsspielräume wiedergewinnen". Beim Thema „Schallschutz“ ging der CDU -Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum auf die katastrophale Flughafenpolitik ein. Die Flughafengesellschaft und die Landesregierung müssen die Politik des Täuschens und Tricksens beenden. Der optimale Schallschutz für die Anwohner muss Priorität haben. Das Oberverwaltungsgericht hat hierzu eindeutige Vorgaben gemacht, die auch so eins zu eins umgesetzt werden müssen.

Der ebenfalls anwesende Michael Wolny, Kreistagsabgeordneter aus Blankenfelde-Mahlow, bemerkte: „Es geht hier nicht um Mehrkosten, auf Grund von Gerichtsurteilen, sondern, auf Grund von Planungsfehlern der Brandenburgischen Landesregierung." Aber auch Themen, die alle im Landkreis beschäftigten, wurden andiskutiert. Gerade das Thema Bus und Bahnverbindungen wurde hierbei zum großen Ärgernis. Viele sehen bei den Verkehrsbetrieben Teltow-Fläming, im Vergleich zu anderen Landkreisen, deutliches Verbesserungspotential, gerade bei Qualität und Quantität der Verbindungen. „Problembeschreibungen gibt es genug. Es wird Zeit Lösungen zu präsentieren und diese Lösungen auch umzusetzen," gab Danny Eichelbaum die Richtung vor und erntete bei allen Teilnehmern Kopfnicken.

Quelle: Pressemitteilung 25. Mai 2013



Eröffnung der Seniorenwoche in Mellensee am
10.06.2013



Spargelfest in Siethen am 01.05.2013

Eichelbaum: Beitragserhebung gegenüber Altanschließern stoppen - Rechtssicherheit schaffen. CDU bringt Gesetzentwurf für Musterklagen ein

Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, wonach öffentliche Abgaben etwa für Abwasserentsorgungseinrichtungen nicht zeitlich unbegrenzt rückwirkend erhoben werden dürfen, erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

Ich fordere die Abwasserzweckverbände im Landkreis Teltow-Fläming auf, vorerst keine weiteren Bescheide an Altanschließer zu verschicken, bis das Brandenburger Kommunalabgabengesetz entsprechend den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichtes geändert wurde. Erst müssen Rechtssicherheit und Klarheit für die Bürger und Verbände geschaffen werden. Die Durchsetzung möglicherweise rechtswidrigen Beitragsbescheide muss sofort gestoppt werden.

Der Staat hat nicht das Recht, in die Geldbörsen der Brandenburger zu greifen, nur weil einige Abwasserzweckverbände über 20 Jahre lang keine rechtswirksamen Satzungen auf den Weg gebracht haben und der Landesgesetzgeber nicht in der Lage gewesen ist, ein verfassungsgemäßes Kommunalabgabengesetz zu verabschieden.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes sind die Rechte der Beitragszahler gestärkt worden. Die Besitzer von Grundstücken, die bereits vor der Wende an öffentliche Wasser- und Abwasseranlagen angeschlossen waren, und für Anlagen zahlen sollen, die nach 1990 gebaut wurden, können jetzt wieder Hoffnung haben. Die Karlsruher Richter haben festgestellt, dass aus dem Rechtsstaatsprinzip das Gebot der "Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit" folgt. Dieses schützt davor, "dass lange zurückliegende, in tatsächlicher Hinsicht abgeschlossene Vorgänge unbegrenzt zur Anknüpfung neuer Lasten herangezogen werden können".

Gleichzeitig hat die CDU-Landtagsfraktion einen neuen Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes in den Landtag einbringen. Der Gesetzentwurf sieht eine Vereinfachung für alle Brandenburger vor, die die festgelegten Beiträge zur Kommunalabgabe auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen lassen wollen. Für solche Verfahren sollen nach dem Gesetzentwurf Musterklagen durchgeführt werden können.

Quelle: Pressemitteilung 16. April 2013



Gespräch beim Zweckverband: KMS in Wündorf am 06.05.2013

CDU schlägt beim Thema: Kriminalitätsbekämpfung in Teltow-Fläming Alarm - Aufklärungsquote bei Diebstahlsdelikten im Norden sinkt dramatisch, zu wenig Polizisten, zu wenig Funkstreifenwagen

Zur Beantwortung der Anfragen zu den Auswirkungen der Polizeireform auf die Polizeireviere Zossen und Ludwigsfelde erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

Die von Innenminister Dietmar Woidke (SPD) vorgelegten Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die Sicherheit der Bürger in Teltow-Fläming wird nur unzureichend gewährleistet. Die hohe Arbeitsbelastung der Polizisten senkt die Ermittlungsquote massiv. So stiegen im letzten Jahr beispielsweise die Zahl der Tageswohnungseinbrüche im Landkreis um 133%, 80 % der Fälle wurden nicht aufgeklärt. Noch dramatischer ist die Lage bei den Diebstahlsdelikten aus und an Kraftfahrzeugen, hier werden nur noch 10 % der Fälle in Teltow-Fläming aufgeklärt und die Täter gefasst. Hier muss dringend gegengesteuert werden. Die Bürger haben ein Recht darauf, dass ihr Eigentum vom Staat geschützt wird, diesem Verfassungsauftrag muss die Polizei auch nachkommen.", so Eichelbaum. Es darf nicht angehen, dass die Polizei die Bürger auffordert, sich mit Trillerpfeifen gegen Einbrecher zu verteidigen." Wir brauchen mehr Polizeipräsenz auf der Straße. Jeweils 1 Funkstreifenwagen pro Schicht im Bereich der Polizeireviere Zossen und Ludwigsfelde vermittelt den Bürger nicht gerade ein Gefühl von Sicherheit.

Die von der rot-roten Landesregierung geplante Polizeireform wird zudem die Probleme bei der Kriminalitätsbekämpfung noch verschärfen. So soll bis zum Jahr 2020 die Anzahl der Polizeibediensteten in Teltow-Fläming von jetzt 225 auf 193 sinken. Allein im Polizeirevier Zossen soll es dann 14 Polizisten weniger geben. Und das obwohl perspektivisch mit dem neuen Flughafen auch die Kriminalitätsbelastung der Bürger steigen wird. Es muss verhindert werden, dass die Bürger im Norden des Landkreises mit der steigenden Fluglärmbelastung und weniger Sicherheit gleich doppelt belastet werden.

"Null-Toleranz für Kriminelle", das muss die Devise der Sicherheitsbehörden sein. Jeder Bürger muss sich in Teltow-Fläming sicher fühlen können, in den eigenen vier Wänden, auf der Straße und in der Öffentlichkeit. Die CDU fordert mehr Polizeipräsenz, den Erhalt der Polizeistandorte in TF mit einer 24 h Erreichbarkeit und den Ausbau der Videoüberwachung im Landkreis. Jeder Dieb, jeder Einbrecher, jeder Kriminelle muss wissen, dass er in Teltow-Fläming keine Chance zur Begehung von Straftaten hat. Das setzt voraus, dass die rot-rote Landesregierung endlich den unverantwortlichen Personalabbau bei der Polizei stoppt. Wir müssen gemeinsam verhindern, dass SPD Innenminister Woidke die Anzahl der Polizeibeamten in Teltow-Fläming reduziert. Mit jedem einzelnen Polizisten wird ein Stück Sicherheit abgebaut. Unsere Polizisten sind und bleiben die Garanten für eine wirksame Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung. Wir brauchen in Teltow-Fläming nicht weniger, sondern mehr Polizei auf der Straße.

Quelle: Pressemitteilung 04. April 2013

Haushaltsklausurtagung der CDU-
Kreistagsfraktion in Thyrow am 13.06.2013



Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Schwere "Hausaufgaben" für Verwaltung - Mit dem zurückgezogenen Haushaltsentwurf 2013 ist auch eine höhere Kreisumlage vom Tisch

Der Landkreis Teltow-Fläming ist 2013 auch nach der jüngsten Kreistagssitzung ohne gültigen Haushalt. Und er wird es wohl auch noch einige Zeit bleiben. Obwohl am Montagabend als Punkt 9 auf der Tagesordnung stehend, war es erst gar nicht über den Entwurf des umfangreichen Zahlenwerks zu einer Abstimmung gekommen. Kirsten Gurske - seit Gieseckes Abgang und geplatzter Direktwahl eines Nachfolgers amtierende Landrätin - hatte den Haushalt 2013 kurzerhand zurückgezogen, nachdem sich bereits im Vorfeld abgezeichnet hatte, dass er im Kreistag keine Mehrheit finden wird. Denn Gurske und die Verwaltung hatten das nach allen bisherigen Sparrunden und Kürzungen in den einzelnen Bereichen noch immer vorhandene finanzielle Loch mit einer Erhöhung der Kreisumlage stopfen wollen. Dagegen liefen vor allem die CDU und die betroffenen Bürgermeister schon sein Anfang des Jahres Sturm. Sie kündigten heftige Gegenwehr an, der sich auch andere Kreistagsmitglieder anschlossen.

Doch Gurske blieb dabei: Ohne eine Erhöhung der Kreisumlage von derzeit 47 auf 48 Prozent - das entspricht einer zusätzlichen Einnahme von 1,5 Millionen Euro - sei die von den Kreistagsabgeordneten geforderte "schwarze Null" nicht möglich. Gleichzeitig erteilte sie möglichen Gedankenspielen, Einsparungen über Personalabbau in der Verwaltung zu erzielen, eine Abfuhr: "Es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen." Für den Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion, Danny Eichelbaum, ist die umstrittene Erhöhung der Kreisumlage damit vom Tisch. "Der Montag war ein guter Tag für unsere Kommunen", kommentierte er. "Sie können aufatmen." Nicht so indes die Kreisverwaltung. Denn sie hat von den Kreistagsabgeordneten per Beschluss die nicht einfache "Hausaufgabe" übergeholfen bekommen, dass sie noch im IV. Quartal dieses Jahres nun einen Doppelhaushalt 2013/2014 einzubringen hat. Bis dahin herrscht vorläufige Haushaltsführung. Das wiederum, so Kirsten Gurske auf Nachfrage, werde zur Folge haben, dass geplante Investitionen im Bereich Schule und im Katastrophenschutz zunächst liegen bleiben.

Die konkreten Auswirkungen für den Landkreis soll sie in den zuständigen Ausschüssen darstellen. Die Einbringung eines neuen Haushaltes und damit die Durchführung der dringend notwendigen Haushaltssanierung wird nun in der Hand des neu zu wählenden Landrates liegen. Allerdings werde dieser, so die amtierende Landrätin, dann auch keinen anderen Kreis, keine anderen Mitarbeiter und Bedingungen vorfinden. Im Gremium geäußerte Bedenken, dass der Verwaltung mit diesem Doppelhaushalt ein zu großer Brocken zugemutet werde, wischte Christoph Schulze, Vorsitzender des Kreistags vom Tisch. Laut Kommunalverfassung müsste der neue Haushalt ohnehin bis zum jeweiligen 1. Dezember des ablaufenden Geltungsjahres der alten Satzung vorgelegt werden. Es sei ein "bedauerlicher Zustand", dass seit Jahren die Verstöße geduldet werden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.06.2013

CDU: Ein guter Tag für unsere Kommunen

Zur Zurückziehung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2013 durch die amtierende Landrätin Kirsten Gurske erklärt der Vorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

" Der gestrige Tag war ein guter Tag für unsere Kommunen. Nach der Krisensitzung der amtierenden Landrätin mit den Beigeordneten und den Fraktionsvorsitzenden war bereits gestern Nachmittag klar, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf von Frau Gurske im Kreistag keine Mehrheit finden wird. Mit der Zurückziehung des Kreishaushaltes ist die umstrittene Erhöhung der Kreisumlage endgültig vom Tisch. Die Kommunen können aufatmen. Die Nichterhöhung der Kreisumlage hatte für die CDU-Fraktion von Anfang an Priorität. Die Kommunen dürfen für die Schuldenpolitik des Kreises nicht in Geißelhaft genommen werden. Die CDU-Fraktion hätte sich gewünscht, dass die Verwaltungsleitung den Mut und die Durchsetzungskraft aufgebracht hätte, im Kreishaushalt weitere 1% der Ausgaben einzusparen. Dies wäre möglich und nötig gewesen. Dazu war die Verwaltung aber leider nicht in der Lage. Durch die vorläufige Haushaltsführung ist die Kreisverwaltung nun gezwungen, weitere Sparmaßnahmen einzuleiten. Die Einbringung eines neuen Haushaltes und damit die Durchführung der dringend notwendigen Haushaltssanierung liegt nun in der Hand des neu zu wählenden Landrates. "

Quelle: Pressemitteilung 18. Juni 2013



Gedenkstunde des Kreistages In Luckenwalde am 17.06.2013 anlässlich des 60. Jahrestages des DDR-Volksaufstandes vom 17.6.1953

Öffentliche Bürgersprechstunde des Petitionsausschusses des Landtages in Luckenwalde am 03.06.2013



Tag der offenen Tür im Kreishaus Luckenwalde am 25.05.2013

Kindesmißbrauch: 150 Verdachtsfälle in Teltow-Fläming

Zur Beantwortung der parlamentarischen Anfrage zum Thema: "Kindesmißbrauch" durch Innenminister Dr. Dietmar Woidke (SPD) erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum:

Kindesmißbrauch gehört zu den verabscheuungswürdigsten Straftaten. Auch im Landkreis Teltow-Fläming wurden in der letzten Zeit gehäuft Minderjährige von Unbekannten belästigt. Nun ist es amtlich: Brandenburgs Innenminister Dr. Dietmar Woidke (SPD) teilte uns mit, dass es in den letzten Jahren in Teltow-Fläming 150 Verdachtsfälle von Kindesmißbrauch gab, die Aufklärungsquote lag durchschnittlich bei 77,8%. Das ist ein Alarmzeichen und ein Auftrag an Polizei, Justiz und Bildungseinrichtungen. Die Dunkelziffer ist noch viel höher, weil nicht alle Straftaten angezeigt werden. In Teltow-Fläming müssen deshalb konkrete Maßnahmen und Handlungskonzepte zum Schutz von Kindern vor sexuellen Mißbrauch entwickelt und umgesetzt werden. Eltern und alle, die beruflich und in ihrer Freizeit mit Kindern arbeiten sind aufgefordert, in Einrichtungen und Institutionen Schutzkonzepte einzufordern.

Teil der Schutzkonzepte müssen präventive Maßnahmen, wie Fortbildungen für Fachkräfte, aber auch die Einführung von klaren Regeln zum Vorgehen im Verdachtsfall sein. Die Konzepte sollen nicht nur Täter von Einrichtungen fernhalten, sondern auch die Fachkräfte in die Lage versetzen, im Ernstfall die richtigen Maßnahmen zu ergreifen.

Ziel muss es sein, Gewalt gegen und sexuellen Missbrauch von Kindern von vornherein zu verhindern. Erforderlich ist eine gezielte Präventionsarbeit und gezielte Aufklärungsmaßnahmen gegenüber Kindern, Eltern, Erziehern und Lehrern. Sexualstraftaten müssen von den Behörden schnell aufgeklärt und von der Justiz abgeurteilt werden.

Die Beratung und Hilfen für sexuell mißbrauchte Kinder und Jugendliche sowie Minderjährige vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen, ist eine zentrale Pflichtaufgabe des Landkreises.

Über sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen darf nicht geschwiegen werden, die Täter dürfen sich niemals sicher fühlen. Mittlerweile gibt es auch einen unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindermißbrauchs. Die telefonische Anlaufstelle des Unabhängigen Beauftragten ist kostenlos und anonym unter 0800 2255530 zu erreichen."

Quelle: Pressemitteilung 03. Juni 2013



Mitgliederversammlung des 1. LSC in Luckenwalde am 29.05.2013

Tinten- und Fischchenfraß gestoppt - Archivleiterin Karin Grzegorzewski dankt Danny Eichelbaum für die Restaurierung von Akten

Drei Akten mehr sind der Forschung wieder zugänglich. Danny Eichelbaum (CDU) hat die Patenschaft übernommen und die Restaurierung finanziert. Arm geworden ist der Landtagsabgeordnete nicht dabei. Diesmal sind es weniger als 200 Euro, die zu zahlen sind. Er habe schon tiefer in die Tasche gegriffen, sagte er, als er gleich zu Beginn der Suche im Kreisarchiv Teltow-Fläming nach Sponsoren eine Patenschaft übernommen hatte; damals für eine Akte der Stadt Trebbin. Jetzt überlegt er, so eine Aktenpatenschaft zum Jubiläum der Stadt zu verschenken. „Trebbin ist mein Wahlkreis“, begründete er. Das Dokument sollte dann schmuck aussehen, um es im Rathaus zu zeigen.

„Aber nicht im Original“, stellte Archivleiterin Karin Grzegorzewski gestern klar. Das wechselnde Klima sei nichts für kostbare Dokumente. Wie die Schätze dort lagern, wollte sie Jüterbogs Bürgermeister Arne Raue in einer gesonderten Führung erläutern. Den Rathaus-Chef hatte Eichelbaum gleich mitgebracht, weil er sich diesmal für Jüterbogs Schriftstücke engagiert hatte, um das Problem erneut zu schildern und weitere Helfer zu finden.



Speziell von Jüterbog gibt es nicht so viele Belege im Kreisarchiv. Die Stadt hatte bis etwa 1970 ihr eigenes Archiv. Das arbeitet längst wieder. Deshalb wurde nach der Wende die Rückgabe beantragt. Weil das Kulturministerium empfahl, die Akten rauszurücken, folgte der Kreis der Empfehlung. Die jetzt noch vorhandenen Dokumente standen nicht auf der Übergabeliste von 1970; sie blieben im Kreisarchiv.

Tinten- und Fischchenfraß hatten dem Papier so zugesetzt, dass es zerbröselte. Das Hadernpapier, hergestellt aus Lumpen, verkraftete die Tinte nicht. Die wurde aus einem Absud von Galläpfeln zusammengerührt, Eisen- und Kupfersalze lieferten die tiefdunkle Farbe, die sich dann ins Papier fraß. Es wurde gereinigt und mit hauchdünnem Japanpapier überklebt. Jetzt ist wieder lesbar, wie das Markrecht 1716 war, dass vor 315 Jahren, 1698, ein Fleischhauer seinen Stand in Jüterbog auf- und dem Bürgermeister zurückgab. Der entschied über die Neuvergabe. Auch die Einladung von Friedrich Ferdinand Stolle und Gemahlin von 1857 an die Gevatterin, so die alte Bezeichnung der Patin, zur Taufe des Sohnes ist auf diese Art gerettet worden. Ob es wohl ein Verwandter des 1855 gestorbenen Klempnermeisters und Friedrich Stolle war, dessen einziger Sohn Pfarrer wurde? Falls der Mannheimer Wissenschaftler Volker Stolle weiter nach seiner Familie forscht, könnte er dieses Dokument wieder lesen – und hübsch anzusehen ist es auch.

Die Archivare werden garantiert bei den Führungen durchs Kreishaus für die Übernahme von Patenschaften werben. Einzelne Akten sind für knapp 50 Euro zu retten.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.05.2013

Die CDU lobt und tadelt

"Die Kreisverwaltung ist auf dem richtigen Weg." Das stellt der CDU-Fraktionschef im Kreistag, Danny Eichelbaum, angesichts des jetzt mit einer schwarzen Null vorgelegten Kreishaushalts fest. Der Politiker schreibt dies auch dem "neuen Klima" im Kreistag zu, dank dessen die Sachpolitik Vorrang habe. Dies hätten alle Landratskandidaten gefordert, nun werde es umgesetzt - "von daher hat der Landratswahlkampf in Teltow-Fläming auch positive Auswirkungen im Landkreis entfaltet."

Eichelbaum zeigt sich erfreut, dass der CDU-Vorschlag nach pauschalen Kürzungen umgesetzt wurde. Auch hier macht er einen Lernprozess im Kreis aus: "Im letzten Jahr scheiterte die Annahme dieses CDU-Antrages im Kreistag noch am erbitterten Widerstand von Ex-Landrat Peer Giesecke (SPD) und seiner Kreiskoalition." Den Haushaltsausgleich will die Verwaltung schaffen, indem die Ausgaben generell um 2,6 Prozent reduziert werden. Das wiederum geht der CDU nicht weit genug. Sie fordert eine pauschale Kürzung um 3,6 Prozent - auf diesem Wege könnte auf die Erhöhung der Kreisumlage von 47 auf 48 Prozent verzichtet werden.

Eine höhere Kreisumlage ist für die CDU undenkbar. Denn für die Gemeinden wäre dies eine Katastrophe. "Weitere Einschnitte im Sozial-, Bildungs-, und Sportbereich auf kommunaler Ebene wären die Folge", orakelt Eichelbaum. Deshalb würde die CDU dem Haushalt nur zustimmen, wenn dieser ohne höhere Kreisumlage vorgelegt wird.

Im Übrigen müsse weiter gespart werden. Eichelbaum schlägt dazu unter anderem vor, dass die Verwaltung umstrukturiert wird, die kreiseigenen Gesellschaften reduziert werden; zudem müsse ein sofortiger Einstellungsstopp ausgesprochen werden; die Zuschüsse für das Museumsdorf Glashütte und die Produktionsschule in Ludwigsfelde sollten ebenfalls reduziert werden.

Eichelbaums Fraktionskollege Dirk Steinhausen widmet sich dagegen vor allem der Linken. Deren Sparvorschläge (MAZ berichtete) hätten ihn überrascht. "Erst runterwirtschaften, dann als Sanierer auftreten" - laute in seinen Augen das Motto der Linken. Er wirft ihnen - und deren gemeinsamer Kreistagskoalition mit SPD, Grünen und FDP/Bauernverband - unter anderem vor, in den vergangenen Jahren "die Schulden des Kreises mehr als verdoppelt" zu haben. Nun sei es immerhin eine Erkenntnis, dass Schluss sein müsse mit der Schuldenpolitik im Landkreis Teltow-Fläming.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.05.2013



Tour der Toleranz Luckenwalde-
Jänickendorf-Holbeck-Stülpe am
16.04.2013

Politischer Frühschoppen mit CDU-Bundesprominenz in Jüterbog

Jüterbog – Noch sind es rund 4 Monate bis zur Bundestagswahl. Es ist an der Zeit Bilanz zu ziehen und neue politische Ziele abzustecken. Hierzu hatte die Junge Union und die CDU-Jüterbog am Samstag den Spitzenkandidaten der Brandenburger CDU zur Bundestagswahl, Michael Stübgen MdB, zum Politischen Frühschoppen in den Braukrug nach Jüterbog eingeladen. Die Brandenburger CDU ist im Deutschen Bundestag mit 5 Abgeordneten vertreten. Zu diskutieren gab es viele Themen, von der Eurokrise, der Energiepolitik bis hin zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland. Die Organisatoren und Besucher waren sich einig, die Regierung Merkel kann eine echte Erfolgsbilanz aufweisen. Die Arbeitslosenzahlen sind so niedrig wie lange nicht und auch der Wirtschaft in Deutschland geht es im Vergleich zu anderen europäischen Staaten gut.

Der Landtagsabgeordnete und Kreisvorsitzender der CDU Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum, lobte die Arbeit der gesamten Brandenburger Landesgruppe im Deutschen Bundestag, die in dieser Legislaturperiode wichtige Akzente u.a. auch in der Rechtspolitik gesetzt hat. Die Ergebnisse der schwarz-gelben Bundesregierung können sich sehen lassen: „Gerade der direkte Vergleich mit anderen europäischen Staaten zeigt, dass Deutschland wirtschaftlich und finanziell auf dem richtigen Weg ist. Während andere europäische Länder ihre Haushalte nicht in den Griff bekommen und Schuldenberge angehäuft haben, ist Deutschland der Musterknabe in Europa und hat die Weichen für eine sparsame Haushaltspolitik, für Wachstum und Beschäftigung gesetzt. Man spürt immer wieder, die Menschen haben Vertrauen, vor allem in die Arbeit von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.“

Jenny Günther, Vorsitzende der Jungen Union Teltow-Fläming und der CDU Jüterbog, führte weiter aus: „Die CDU Brandenburg ist geschlossen in den Bundestagswahlkampf 2013 gestartet. Für den Bereich Teltow-Fläming haben wir drei Kandidatinnen, die mit viel Erfahrung und regionaler Verbundenheit punkten. Mit Michael Stübgen haben wir zudem einen Spitzenkandidaten, der seit 1990 im Bundestag die Interessen der Brandenburgerinnen und Brandenburger vertritt. Wir sind in der Region gut aufgestellt und haben neben einem kompetenten Team an Kandidaten, auch viele engagierte Mitglieder und Unterstützer.“

Quelle: Pressemitteilung 13.05.2013

Politischer Frühschoppen mit dem Brandenburgischen CDU-Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl Michael Stübgen MdB in Jüterbog am 04.05.2013



Verwaltung: Alleingänge und Abrechnungen

Nicht nur im Fall eines Supermarktbaus in Großbeeren hat der ehemalige Landrat Peer Giesecke (SPD) Entscheidungen entgegen der Ansicht seiner Fachämter getroffen. In vier weiteren Fällen zwischen 2008 und 2012 gab es Alleingänge. Das teilte die Kreisverwaltung auf eine Anfrage von Danny Eichelbaum (CDU) jetzt mit.

So ordnete er 2008 eine nachträgliche Baugenehmigung für einen Wintergarten zu einem Wochenendhaus an. Die Bauaufsichtsbehörde hatte dies zuvor untersagt. Auch der Bau von zwei Einfamilienhäusern erhielt auf Gieseckes Anordnung hin 2011 einen Vorbescheid – ebenfalls entgegen der Einwände seiner Bauaufsicht. Über das Ordnungsamt setzte sich der Ex-Verwaltungschef 2008 und 2012 hinweg, als er Asylbewerbern den Aufenthalt erlaubte. In allen Fällen hatten die leitenden Beamten Einwendungen erhoben.

Aber auch die Führungsriege der Verwaltung hat keine weiße Weste. Das Rechnungsprüfungsamt, so heißt es zu derselben Anfrage Eichelbaums, hat Unregelmäßigkeiten bei der Abrechnung von Dienstfahrten entdeckt. Für das Jahr 2011 geht es offenbar um Probleme im Buchungsverfahren, die inzwischen beseitigt werden konnten, teilte Interims-Landrätin Kirsten Gurske (Linke) mit. Doch im vorigen Jahr wurden zwei Fälle von Falschabrechnung festgestellt, denen man noch nachgeht. Insgesamt 135 Tankkarten werden in der Kreisverwaltung genutzt.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.04.2013



Gründung der Jüterboger
Stadtwache am 17.05.2013



Mit Jüterbogs Stadtverordnetenvorsitzendem
Falk Kubitza am 17.05.2013

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Neue Zahlen - Immer mehr Brandenburger Kinder werden missbraucht

Immer mehr Brandenburger Kinder werden Opfer von Sex-Verbrechen

Potsdam – Immer mehr Kinder und Jugendliche werden in Brandenburg Opfer von sexuellem Missbrauch und Gewalt. Doch das Risiko ist im Land höchst unterschiedlich verteilt. Am gefährlichsten leben Kinder im Kreis Barnim. 2012 wurden hier 63 Mädchen und 24 Jungen Opfer von Sex-Straftaten. In der Prignitz traf es dagegen 9 Mädchen und 4 Jungs, erklärte das Innenministerium auf eine Anfrage der CDU-Fraktion.

In der Prignitz wurden alle Sex-Taten aufgeklärt, im Barnim immerhin 90 Prozent. Schlusslicht bei der Aufklärungsquote sind das Havelland und Potsdam. In der Landeshauptstadt kam jeder vierte Sex-Täter ungestraft davon.

Die Zahl minderjähriger Opfer stieg landesweit von 736 im Vorjahr auf 765 an (+4 %). CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum (39): „Das ist ein Alarmzeichen für Polizei und Justiz. Es muss eine Strafverschärfung für Sexual-Delikte geben. Kindesmissbrauch darf, wie Mord, nicht verjähren!“

Quelle: BILD, 04.06.2013



Veranstaltung des LACDJ zum Thema: "Opfer und Schutz in Brandenburg?" am 18.06.2013

Sommerfest der Handwerkskammer Potsdam in Caputh am 06.06.2013



Mehrheit für Erhalt der Rechtsmedizin - Keine Fraktion für Auflösung des Instituts

Im brandenburgischen Landtag zeichnet sich eine breite Unterstützung für den Erhalt des Potsdamer Landesinstituts für Rechtsmedizin am Schloss Lindstedt ab. Für keine der Fraktionen kommt eine generelle Institutsauflösung in Betracht, sagte der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Danny Eichelbaum (CDU), am Donnerstag nach einer Sitzung des Gremiums. Die Enquetekommission zur Kommunal- und Verwaltungsreform hatte vorgeschlagen, das Institut für Rechtsmedizin aufzulösen und eine Übertragung ihrer Aufgaben auf ein Krankenhaus zu prüfen.

Daraufhin hatten Anfang Mai brandenburgische Staatsanwälte vor einem Aus des rechtsmedizinischen Instituts gewarnt. Dies würde das Strafverfolgungsniveau bei Kapitalverbrechen "dramatisch reduzieren", warnte Neuruppins Leitender Oberstaatsanwalt Gerd Schnittcher. Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg sah für diesen Fall die Unabhängigkeit der Gutachter beeinträchtigt.

Der CDU-Abgeordnete Eichelbaum erklärte, ein intensiver Diskussionsprozess stehe noch aus. Einspareffekte würden durch eine Angliederung an ein Krankenhaus nicht erreicht. Das Institut sei "unverzichtbar" für die Arbeit der Strafverfolger, erklärte er.

Der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin, Dr. Jörg Semmler, hatte gegenüber den PNN erklärt, es habe in der jungen Geschichte Brandenburgs bereits mehrere Versuche gegeben, sein Institut "aus dem Staatsdienst zu entfernen". "Wenn Vernunftsgründe walten", erklärte der Rechtsmediziner, werde auch dieser Versuch scheitern. Semmler fügte hinzu: "Aber das weiß man in der Politik nie so genau." Zu den Aufgaben des Instituts unweit des Parks von Sanssouci gehören auch Alkohol- und Drogentests, Vaterschaftsgutachten, DNA-Analysen sowie Untersuchungen von "Kunstfehlern" anderer Ärzte. Der Vorteil eines rechtsmedizinischen Instituts in staatlicher Trägerschaft sei es, keine finanziellen Interessen zu haben. Schon jetzt würden Tote viel zu selten obduziert und Morde daher nicht entdeckt. "Die Dunkelziffer ist hoch", so Semmler.

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 31.05.2013



Besuch des Landesinstitutes für
Rechtsmedizin am 30.05.2013

Grundbuchämter brauchen teilweise ein halbes Jahr

Einträge ins Grundbuch dauern in Brandenburg mitunter sechs Monate. In Zossen (Teltow-Fläming) müssten Antragsteller noch länger warten, berichtete Justizminister Volkmarschöneburg (Linke). In 16 der 24 Grundbuchämter liege die durchschnittliche Bearbeitungszeit bei bis zu drei Monaten. Durch 19 neue Mitarbeiter mit Rechtspfliegerausbildung verspricht sich der Minister Entlastung. Diese sollen allerdings nicht nur in Grundbuchämtern, sondern auch in anderen Bereichen eingesetzt werden.

Die Situation in den einzelnen Ämtern sei sehr unterschiedlich, sagte der Minister. In der Grundbuchabteilung des Amtsgerichts Zossen sei die Lage auf Krankheit, Teil- und Elternzeit der Mitarbeiter zurückzuführen. Bei der Abarbeitung der Rückstände helfen acht Mitarbeiter der Amtsgerichte Fürstenwalde (Oder-Spree) und Brandenburg/Havel aus. Der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum (CDU) wies darauf hin, dass in Zossen 8000 Anträge vorlägen, aber nur drei Mitarbeiter zur Verfügung stünden. Er kritisierte die langen Bearbeitungszeiten, die zu einem Standortnachteil für Brandenburg geworden seien.

Bürger und Unternehmen müssten bereits Nachteile bei der Kreditgewährung in Kauf nehmen. Die Zahl der Mitarbeiter in den Grundbuchabteilungen hat sich nach Angaben des Ministeriums im Laufe der vergangenen Jahre nicht dramatisch verschlechtert. Sie sank von durchschnittlich rund 100 Mitarbeitern im Jahr 2009 auf rund 98 im Jahr 2012. Gestiegen seien in dem Zeitraum allerdings die Krankentage von 17 auf 20 pro Kopf, Langzeiterkrankungen nicht eingerechnet.

Quelle: Nordkurier, 26.05.2013



Amtseinführung des neuen Brandenburger
Verfassungsschutzchefs Carlo Weber am
31.05.2013

Sitzung des CDU-Landesvorstandes in Potsdam
am 14.06.2013



Brandenburg ist Ringerland - Danny Eichelbaum, seit Kurzem Präsident des Ringerlandesverbandes, über seine Ziele im neuen Amt

Neue Namen im Kampf für den Verbleib in der olympischen Familie. International schwingt der Serbe Nenad Lalovic als neugewählter Präsident des Ringer-Weltverbandes Fila das Zepter, in Brandenburg ist der CDU-Politiker und Rechtsanwalt Danny Eichelbaum aus Jüterbog im April in das Präsidentenamt des Ringer-Landesverbandes gewählt worden. Der traditionsreichen Sportart droht das Olympiiaus. Mit Regeländerungen soll der Verbleib des Ringens bei Olympia über die Spiele 2016 in Rio de Janeiro hinaus gesichert werden.

MAZ: Herr Eichelbaum, zum Landrat des Kreises Teltow-Fläming hat es für Sie nicht gereicht, nun sind Sie Präsident des Ringer-Landesverbandes. Hört sich doch besser an, oder?

Danny Eichelbaum (lacht): Über die einstimmige Wahl habe ich mich sehr gefreut. Das Präsidentenamt ist für mich eine Herzensangelegenheit. Unsere Ringer aus Brandenburg sind in Deutschland national und international erfolgreich. Der Ringerverband Brandenburg hat deutschlandweit einen guten Ruf. Das soll auch in Zukunft so bleiben, auf diese Erfolge möchte ich aufbauen. Wir wollen die Zusammenarbeit mit unseren Partnern, mit dem Deutschen Ringerbund und dem Landessportbund vertiefen.

Wo sehen Sie die größten Probleme, die das Ringen hier in Brandenburg hat?

Eichelbaum: Unsere Aufgabe ist es, Ringen als Leistungssport, aber auch als Breitensport zu fördern, populärer zu machen und die Nachwuchsgewinnung zu verstärken. Immer mehr Kinder und Jugendliche wollen das Ringen in Brandenburg erlernen. Heute zählt unser Verband mehr als 1000 Mitglieder. Priorität hat für mich deshalb, die Ringerstützpunkte in Frankfurt und Luckenwalde dauerhaft zu erhalten. Darüber hinaus kämpfen wir um den Erhalt des Ringens als olympische Sportart.

Der Mai wurde ja vom Ringer-Weltverband zum Monat des Ringens ausgerufen. Zahlreiche Aktionen und die Unterschriftenaktion des DRB wurden von uns unterstützt und ins Leben gerufen.

Was wurde aus Ihrer Sicht in der Vergangenheit falsch gemacht? Wieso müssen die Ringer um ihren Olympiastatus kämpfen?

Eichelbaum: Bei den Olympischen Spielen spielt immer mehr der Kommerz eine wichtige Rolle. Und das kann nicht sein, denn Ringen gehört zu den ältesten olympischen Sportarten überhaupt. Ringen gehört zum Erbgut von Olympia. Die Olympischen Spiele ohne Ringen sind für mich nicht vorstellbar. Deshalb kämpfen wir auf allen Ebenen mit den Sportlern, den Trainern, den Kampfrichtern, den Betreuern und den Fans dafür, dass Ringen olympisch bleibt. Unerlässlich sind dabei auch Reformen und Regeländerungen, die das Ringen populärer machen. Dafür wurden am Wochenende in Moskau die richtigen Weichen gestellt.

Wie wird man ausgerechnet als Jüterboger Präsident des Ringer-Landesverbandes? In der Flämingstadt hat man doch mit dem Ringen relativ wenig zu tun.

Eichelbaum: Jüterbog ist ja nur wenige Kilometer von der Ringerhochburg Luckenwalde entfernt. Viele meiner Freunde waren oder sind Ringer, ihre Begeisterung für den Sport hat sich auf mich übertragen. Schon als Jugendlicher war ich ein Fan des Ringkampfes und habe als Zuschauer die Kämpfe in der 1. und 2. Bundesliga verfolgt. Der Erhalt des Ringens als olympische Sportart ist ja auch zu einer politischen Angelegenheit geworden. Unterstützung im Kampf um den Verbleib des Ringens bei Olympia kommt vom Sportausschuss des Deutschen

Bundestages, vom Landtag Brandenburg, von Brandenburgs Ministerpräsidenten Matthias Platzeck bis zu Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble.

Sie sind ein CDU-Mann im SPD-regierten Bundesland Brandenburg. Könnte es deshalb wegen der Parteiräson zu Problemen für Sie als Präsident des Ringer-Landesverbandes kommen?

Eichelbaum: Nein, die Unterstützung für unseren Sport ist partei- und fraktionsübergreifend. Der Ringkampfsport soll in unserem Land eine gute Zukunft haben. Unsere Ringer sollen auch weiterhin zu den nationalen und internationalen Medaillengewinnern gehören. Brandenburg ist eben nicht nur ein Land des Fußballs oder der Leichtathletik, sondern auch ein Ringerland. Tolle Projekte, wie das in der vorigen Woche ausgezeichnete „Lucki Muckis“ in Luckenwalde oder das der „Fair Ringers“ in Potsdam gilt es deshalb weiter zu unterstützen und voranzutreiben.

Sie sind Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter und nun auch noch Präsident des Ringer-Landesverbandes. Bekommen Sie das zeitlich unter einen Hut?

Eichelbaum: Viele meiner Kollegen im Landtag engagieren sich ebenfalls in Brandenburg für den Sport.

Ich werde mich mit aller Kraft für die Interessen des Ringkampfsportes und der Ringer in Brandenburg einsetzen, auch wenn das persönlich für mich noch weniger freie Wochenenden bedeutet. Sich in Brandenburg für eine der traditionsreichsten Sportarten zu engagieren, bereitet mir Freude und lohnt sich auch.

Im Herbst beginnt die neue Bundesligasaison. Besuchen Sie dann die Heimkämpfe des Luckenwalder SC?

Eichelbaum: Selbstverständlich, ich bin ja auch Mitglied des LSC.

Seit wann?

Eichelbaum: Seit diesem Jahr.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 22.05.2013



Aktion "Ringen muss olympisch bleiben" beim Fussball-Bundesligaduell FFC Turbine Potsdam vs VfL Wolfsburg am 05.05.2013

Mit Olympiasieger Maik Bullmann beim Brandenburg Cup der Junioren im griechisch-römischen Ringen in Frankfurt (Oder) am 08.06.2013



CDU: Die Landesregierung hätte handeln müssen

CDU-Rechtsexperte kritisiert, dass Liste mit Tests nicht weitergeleitet wurde. Land: Keine Hinweise auf illegale Methoden

Potsdam - In der Debatte um Medikamententests westlicher Arzneimittelhersteller an DDR-Bürgern gerät die brandenburgische Landesregierung immer stärker unter Druck. Obwohl die Landesregierung bereits seit 1991 davon Kenntnis hatte, dass auch an Krankenhäusern in Brandenburg solche Tests geplant gewesen waren, sei das Land nicht tätig geworden, kritisierte der Rechtsexperte der CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag, Danny Eichelbaum, am Dienstag. "Wenn man so eine Liste hat, muss man auch handeln." Dass offenbar nicht einmal die Krankenhäuser informiert wurden, sei besonders schlimm, so Eichelbaum gegenüber den PNN.

Wie berichtet wurden laut einer Liste des damaligen Bundesgesundheitsamtes allein zwischen Anfang 1989 und Oktober 1990 insgesamt zwölf Testreihen mit zwölf verschiedenen Wirkstoffen für sechs Krankenhäuser in Brandenburg von der DDR-Führung genehmigt. Alle Tests waren für Pharmafirmen mit Sitz außerhalb der DDR beantragt. Der Liste zufolge sollen mehr als 300 Patienten geplant gewesen sein. Auf PNN-Nachfrage teilte das brandenburgische Gesundheitsministerium am Dienstag mit, dass insgesamt fünf Tests für das frühere Bezirkskrankenhaus Potsdam, das heutige Ernst-von-Bergmann-Klinikum, vorgesehen waren. Bei den Wirkstoffen, die dort getestet werden sollten, habe es sich um Pantoprazol, Erythropoietin, Amikazin und Azlocillin, Nafarelin und Tandolapril gehandelt. Vier Versuchsreihen seien zudem für die Bezirkskrankenhäuser Cottbus und Frankfurt (Oder) und jeweils eine in den Heilstätten Beelitz, dem Krankenhaus Bad Saarow und dem Krankenhaus Neuruppin genehmigt worden. Ob die Versuche tatsächlich begonnen oder abgeschlossen worden seien, gehe nicht aus der Liste hervor, teilte das Ministerium weiter mit. Bekannt geworden war der Inhalt des Schreibens der damaligen Bundesbehörde durch eine Antwort des Ministeriums auf eine Kleine Anfrage der CDU.

Dass die Liste noch nicht an die Nachfolgeeinrichtungen der betroffenen Krankenhäuser weitergeleitet worden sind, begründet das Ministerium damit, dass sich aus dem Schreiben von 1991 "keine Hinweise auf illegale Methoden" ergeben hätten. In einer Antwort auf eine weitere CDU-Anfrage heißt es, das Schreiben habe keine Hinweise "für ein weiteres Tätigwerden" gegeben und "Informationen zur Genehmigung von klinischen Prüfungen waren weder damals kabinetrelevant noch sind sie es heute". Alle Wirkstoffe, die getestet hätten werden sollen, seien heute in Europa zugelassen.

Offen bleibt damit aber weiterhin, ob die Versuche stattgefunden haben und wenn sie stattgefunden haben, ob die Patienten davon wussten und ihr Einverständnis abgegeben hatten. "Es muss dringend geklärt werden, ob und in wie vielen Fällen die Patienten über die Tests nicht informiert worden waren", forderte Eichelbaum am Dienstag.

Für die Aufklärung der Tests seit den 70er-Jahren sieht Brandenburg weiter den Bund für zuständig. Das Land aber habe ein großes Interesse daran, dass das Thema aufgeklärt werde, so Ministeriumssprecherin Alrun Kaune-Nüßlein. "Insofern ist es richtig, wenn sich die Charité des Themas annimmt." Eichelbaum hält die Charité für ungeeignet. Es wäre "der blanke Hohn, wenn mit Professor Hess ausgerechnet die Institution Charité, die bislang komplett versagt hat, als es um die Aufarbeitung der Menschenversuche zu Zeiten der SED-Diktatur ging, zum Zuge käme", so der CDU-Politiker. Zwingend notwendig sei eine "wirklich unabhängige Kommission".

Quelle: Potsdamer Neueste Nachrichten, 15.05.2013

Land nimmt Gesetz zur Sicherungsverwahrung an - Deutliche Mehrheit im Potsdamer Parlament stimmt für das Regelwerk / Scharfe Kritik erneut von der CDU

Im vergangenen Jahr legten die Karlsruher Richter fest, dass die unbegrenzte Verwahrung besonders gefährlicher Straftäter von Bund und Ländern neu geregelt werden muss. Weswegen sich am Donnerstag auch der Potsdamer Landtag mit der Sicherungsverwahrung beschäftigte.

Potsdam. Die Neuregelung geht bis in die Sprache. Statt vom "Verwahrraum" ist künftig vom "Zimmer" die Rede. Sexualverbrecher, Mörder und andere Kriminelle, die in Brandenburg wegen besonderer Gefährlichkeit zur Sicherheitsverwahrung, also zu einem zeitlich unbegrenzten Verbleib in einer geschlossenen Einrichtung verurteilt wurden, haben künftig einen Anspruch auf eine Unterbringung mit getrennten Wohn- und Schlafbereichen und individualisierte, auf den entsprechenden Täter zugeschnittene Therapieangebote.

So steht es im Gesetz über den Vollzug der Sicherungsverwahrung, das der Potsdamer Landtag am Donnerstag mit den Stimmen aller Fraktionen außer der CDU verabschiedete. Anlass für das Gesetz, das derzeit sieben Gefangene in den Haftanstalten Luckau/Duben und Brandenburg (Havel) betrifft, war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Es legte fest, dass sich die Sicherungsverwahrung künftig deutlich von der Strafhaft unterscheiden müsse.

Denn wer sich in der Sicherungsverwahrung befindet, hat seine Strafe bereits abgesessen. "Es handelt sich nicht um Straftäter, sondern um Menschen die ihre Strafe verbüßt haben, und lediglich eine Prognose zu besondere Gefährlichkeit bekommen haben", sagte die Grünen-Landtagsabgeordnete Sabine Niels in der Debatte. "Es geht um potentielle Straftäter." Geplant ist deswegen auch der Neubau einer eigen Unterbringung für Sicherungsverwahrte in Brandenburg (Havel).

Und Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) erinnerte an die Geschichtevollzogen worden, obwohl die Täter ihre Haft bereits verbüßt hatten. "Jetzt erst stellen wir wirklich sicher, dass es eine Maßregel der Besserung und Sicherung ist." Deutlich anderer Meinung war der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum. "Das Ziel der CDU ist der bestmögliche Schutz der Allgemeinheit", so Eichelbaum.

Wie schon bei dem am Mittwoch verabschiedeten Justizvollzugsgesetz warf er der Landesregierung vor, "die Rechte und Freiheiten der Verwahrten übermäßig zu Lasten der Sicherheit" auszudehnen. Das Täter Geld dafür erhielten, dass sie an einer Therapie teilnehmen, während Opfer für eine Therapie bezahlen müssten, sei "schlicht nicht vermittelbar". Außerdem fehle das für die Therapieangebote nötige Personal.

Das kritisierte auch die Landtagsabgeordnete der FDP, Linda Teuteberg. "Aber unsere Aufgabe ist es, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen", sagte Teuteberg. "Und bei all jenen, bei denen die Gefährlichkeit nicht gemindert werden kann, ist nun eine sichere Unterbringung sichergestellt."

Quelle: Lausitzer Rundschau, 26.04.2013

Strafvollzug nach neuen Regeln - Gesetz stärkt Resozialisierung

Der brandenburgische Landtag verabschiedete mit den Stimmen von SPD, Linker, FDP und Grünen ein neues Strafvollzugsgesetz. Die vier Fraktionen lobten die Stärkung der Resozialisierung in Gefängnissen. Die CDU sieht dagegen die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet.

"Noch nie hatten verurteilte Straftäter in unseren Justizvollzugsanstalten so viele Freiheiten und Vollzugslockerungen", kritisierte der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum, das am Mittwoch verabschiedete Gesetz. Dabei fand der CDU-Politiker auch Positives. So sei es begrüßenswert, dass Bewährungshelfer künftig frühzeitig Kontakt zu Gefangenen aufnehmen können. Eichelbaum verwies darauf, dass jedoch das Fachpersonal für die geplanten Resozialisierungsmaßnahmen fehle. Das Vollzugspersonal erhalte beispielsweise durch ausgeweitete Besuchszeiten mehr Aufgaben, während gleichzeitig 169 Stellen abgebaut werden sollen. Die Aufhebung der formalen Arbeitspflicht für Gefangene wird von der CDU kritisiert, da Arbeit den Tag strukturiere und damit den Tagesablauf in den Anstalten sicherer mache.

Laut Eichelbaum sollten Teile des Verdienstes der Gefangenen für Opferentschädigungen einbehalten werden. Außerdem verlangt die CDU, dass Gefangene mit lebenslangen Strafen erst nach zwölf Jahren Langzeitausgang gewährt wird. Dieser müsse auf zwei Wochen begrenzt werden. Das neue Gesetz enthält dazu keine Beschränkungen.

Für die Linken lobte Margitta Mächtig, dass künftig schnell nach Antritt der Freiheitsstrafe ein Vollzugsplan für jeden Straftäter aufgestellt wird, bei dem auch die Aufarbeitung der Tat eine Rolle spielt. Davon wird die Gewährung von Lockerungen abhängig gemacht.

Die FDP sieht in diesem Diagnoseverfahren ein zukunftsweisendes Modell. Linda Teuteberg lobte vor allem die Stärkung des offenen Vollzuges. Allerdings sieht auch sie Probleme in der nicht ausreichenden personellen Untersetzung.

Für die SPD ist dies kein Problem. "Wir brauchen mehr Personal", räumte der rechtspolitische Sprecher der Regierungsfraktion, Andreas Kuhnert, ein. Allerdings reiche es, wenn die Stellen 2015, also in der nächsten Legislaturperiode, zur Verfügung stehen. Kuhnert erläuterte, dass die formale Aufhebung der Arbeitspflicht nicht dazu führen soll, bei den entsprechenden Werkstätten zu sparen. Brandenburg gehöre zu den Ländern, die am meisten Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten bereithalten. Vielmehr sei es in einzelnen Fällen notwendig, Gefangene erst durch Therapien an Arbeit heranzuführen. Ein Behandlungsvollzug statt eines Verwahrvollzuges sei der beste Opferschutz, so Kuhnert.

Das sehen auch die Grünen so. Sabine Niels forderte für ihre Fraktion jedoch zusätzlich eine höhere Bezahlung für arbeitende Gefangene. Zurzeit erhalten sie neun Prozent eines Durchschnittslohnes, was etwa 200 Euro im Monat entspricht. Laut Niels sollten es 15 Prozent sein. Dann könnten die Gefangenen sich auch an Opferentschädigungen beteiligen. Der entsprechende Antrag fand keine Mehrheit im Parlament. Auch die Grünen fordern mehr Personal für den Vollzug und das nicht erst nach der nächsten Landtagswahl. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) lehnte eine Lohnanhebung ab. Obwohl dies Ländersache ist und ein solcher Schritt der rot-roten Regierung gut zu Gesicht stehen würde, sei es besser, nach der nächsten Bundestagswahl eine einheitliche Regelung zu erreichen, die auch eine Rentenversicherung für arbeitende Gefangene einschließt, sagte er. (Mit Adleraugen)

Quelle: Märkische Oderzeitung, 24.04.2013



Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Gerswalde am 27.05.2013



Rückkehrerappell für die Bundeswehrsoldaten
aus Afghanistan in Beelitz am 11.04.2013

Mit dem Kommandeur der Logistikbrigade 1,
Brigadegeneral Volker Thomas in der Zieten-
Kaserne in Beelitz am 11.04.2013



Terminvorschau

- 24.06.2013 - 10 Uhr Arbeitsbesuch des Arbeitskreises Innen,-Rechts-und Umweltpolitik der CDU- Landtagsfraktion im Landkreis Havelland
- 25.06.2013 - 16 Uhr Sitzung des Zweckverbandes der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam
- 26.06.2013 - 9 Uhr Praktikum bei der Opfervereinigung " Weißer Ring" e.V.
- 27.06.2013 - 18 Uhr Veranstaltung " Der Sturm auf die Gefängnisse" in Ludwigsfelde
- 28.06.2013 - 15 Uhr Kreisjugendfeuerwehrlager in Dahme/Mark
- 29.06.2013 - Schützenfest in Jüterbog
- 01.07.2013 - 15 Uhr 10. Geburtstag Citytreff Ludwigsfelde
- 05.07.2013 - 10 Uhr Konversionsommer in Jüterbog
- 17.07.2013 - 13 Uhr Besuch STIPP e.V. in Potsdam
- 19 Uhr "Saure-Gurken Abend" des Chefs der Brandenburger Staatskanzlei in Potsdam
- 03.08.2013 - 14 Uhr Historischer Umzug in Gottow
- 05.08.2013 - 19 Uhr CDU-Mitgliederversammlung in Dahme/Mark
- 06.08.2013 - 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen,-und Rechtspolitik in Potsdam
- 14 Uhr Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission in Potsdam